



FDP gegen Mietzins-Erhöhungen

Der Freisinn appelliert an Vermieter, Gemeinden und Arbeitnehmer, ihre Ansprüche zurückzustecken

Nach den Gewerkschaften schlagen auch Politiker wegen der rekordhohen Teuerung Alarm: Erstaunlicherweise ist es die wirtschaftsnahe FDP, die jetzt Vermieter vor Aufschlägen warnt.

VON FLORENCE VUICHARD UND OTHMAR VON MATT

Die Inflation stieg im Juli auf 3,1 Prozent, getrieben durch den steigenden Ölpreis. Sie ist damit so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. Bis anhin sah es so aus, dass die Arbeitnehmer die Rechnung allein zu bezahlen hätten: Die Arbeitgeber haben nämlich schnell

klargemacht, dass sie nicht bereit sind, die Teuerung voll auszugleichen.

Nun legt die FDP ein Kompromisspaket vor, in dem die Last auf mehrere Schultern verteilt wird: Die Arbeitnehmer sollen auf den vollen Teuerungsausgleich verzichten, zugleich aber die Gemeinden auf Gebührenerhöhungen für Abwasser oder Abfall, der Bund auf Steuereinnahmen und – besonders brisant – die Vermieter auf Mietanpassungen (siehe Kasten).

HEUTE DÜRFEN HAUSBESITZER nicht nur die Erhöhungen bei den Hypothekarzinsen auf die Mieten überwälzen, sondern

auch 40 Prozent der Teuerung. Das sollen sie aber gemäss der FDP jetzt sein lassen: «Der Grossteil der Vermieter hat Fixhypotheken, und die steigenden Heizkosten werden vom Mieter direkt getragen. Damit sind die Vermieter gegen die Teuerung abgesichert», schreibt die FDP in ihrem Inflationsbekämpfungspapier. «Sie sind deshalb aufgefordert, nur zurückhaltend die Mietzinsen anzuheben.»

Der Hauseigentümerverband (HEV) reagiert gelassen: «Wir appellieren immer an die Vermieter, fair zu bleiben und die Miete nur zu erhöhen, wenn es gerechtfertigt ist», sagt HEV-Direktor Ansgar Gmür, reicht aber den schwar-



zen Peter gleich weiter an die Nationalbank und die Banken. «Sie sind es, die es in der Hand haben.» Die Notenbank sollte Mass halten und Zinsen nicht erhöhen, sagt Gmür.

Auf wenig Begeisterung stösst das FDP-Paket bei den Gemeinden, von denen die Freisinnigen einen Verzicht auf Gebührenerhöhungen verlangen: «Die Gemeindegebühren sind nicht die Kostentreiber», sagt Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands und SVP-Ständerat. Und Doris Stump, ehemalige Gemeinderätin von Wettingen AG und ebenfalls Vorstandsmitglied des Gemeindeverbands, ergänzt: «Die Gemeinden haben die Gebühren bereits eingeführt und angepasst.» Ihr Fazit: «Die Forderung der FDP ist eine Scheinforderung.»

Unerbittlich bleiben die Arbeitnehmervertreter: Sie verlangen den vollen Teuerungsausgleich sowie Reallohnerhöhungen für alle. Die konkreten Forderungen wird Travail Suisse morgen Montag auf den Tisch legen, am 19. August ist dann der Schweizerische Gewerkschaftsbund am Zug.

DIE FREISINNIGEN HABEN Angst, dass sich die Lohn-Preis-Spirale zu drehen beginnt – ausgerechnet jetzt, da sich die Konjunktur im Zug der Finanz- und Immobilienkrise abschwächt. Dann wäre die Stagflation, das Schreckgespenst aus den Siebzigern, nicht mehr weit: hohe Inflation gepaart mit kaum oder keinem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit. «Wir haben es in der Hand», sagt FDP-Vizepräsident Ruedi Noser. «Ergreifen wir die Reformen zum richtigen Zeitpunkt oder warten wir ab, bis wir mit dem Rücken zur Wand stehen?»

Um Arbeitnehmern und Vermietern den Verzicht etwas schmackhafter zu machen, verspricht die FDP ihnen anderswo finanzielle Erleichterungen – konkret: den Konsumenten tiefere Preise dank Zollabbau, den Steuerzahlern eine tiefere Rechnung dank der vorzeitigen Korrektur der kalten Progression und den Hausbesitzern neue Steuerabzüge für Renovationen.

RÜCKENDECKUNG ERHÄLT die FDP von Ökonomen und vom Preisüberwacher: Sie begrüssen den Willen zu Reformen, der im Paket enthalten ist – wie zum Bei-

spiel die rasche Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips oder den Abbau von Zöllen für den Import landwirtschaftlicher Güter. «Diese Massnahmen bekämpfen zwar in erster Linie nicht die Inflation, aber sie intensivieren den Wettbewerb bei den Importen», sagt Ökonomeprofessor Franz Jaeger. Und Preisüberwacher Rudolf Stramm betont: «Angesichts des jährlichen Importvolumens in die Schweiz von rund 180 Milliarden Franken zahlen wir 20 bis 30 Milliarden Franken mehr im Vergleich zu den Preisen dieser Produkte im Ausland.»

Die Bekämpfung der Inflation sei selbst in Zeiten drohender Rezession primär Sache der Nationalbank, sagt Jaeger. «Die Parlamentarier sollten nur darauf achten, dass sie durch ihre Politik die Inflation nicht zusätzlich anheizen.» Deshalb hegt er Sympathien für den Appell der FDP: «Alle müssen jetzt zurückhaltend sein. Das Überwälzen von importierten Kosten auf die Preise ist sehr gefährlich», warnt er. Wenn sich die Rohstoffpreise stabilisieren und die importierten Preisschocks im Inland nicht weitergegeben werden, falle die Inflation im nächsten Jahr bereits wieder auf ein normales Niveau von unter zwei Prozent.

So wollen die Freisinnigen die Inflation bremsen

Die FDP hat unter der Federführung ihrer «Leuchttürme» für den Wirtschaftsstandort – Johann Schneider-Amman und Isabelle Moret – ein Konzept zur Drosselung der Teuerung entwickelt. Die Freisinnigen schlagen in ihrem Papier, das dem «Sonntag» vorliegt, unter anderem folgende Massnahmen vor.

> **Die Vermieter** sollen die Mieten nur zurückhaltend anheben.

> **Gemeinden und staatliche Betriebe** sollen auf Gebührenerhöhungen verzichten.

> **Die Gewerkschaften** sollen auf den Teuerungsausgleich verzichten.

> **Die kalte Progression** soll bereits 2009 angepasst werden. Damit hätten die Steuerzahler pro Jahr knapp 500 Millionen Franken mehr.

> **Die Zölle** auf Nahrungsmittel sollen gesenkt werden, was die Preise senken würde.

> **Die Dumont-Praxis**, die Hauseigentümern in den ersten fünf Jahren nach Erwerb der Liegenschaft einen steuerlichen Abzug für Renovationen verbietet, soll aufgehoben werden.

> **Energetische Sanierungen** von Liegenschaften sollen mit zusätzlichen steuerlichen Abzügen honoriert werden.

> **Das Cassis-de-Dijon-Prinzip** soll einseitig auf 2010 eingeführt werden.

> **Die Mehrwertsteuer** soll mit dem Einheitsatz massiv vereinfacht werden.



Johann Schneider-Amman.